

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 29. Juni 1976  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/17-1/76

363/AB

1976 -07- 0 1

zu 359 /J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Ottilie ROCHUS  
und Genossen an die Frau Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend Bun-  
desbeirat für Behinderte (Nr. 359/J-NR/1976).

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende  
Fragen gerichtet:

"1. Wie viele nicht integrierbare geistesbehinderte  
Menschen gibt es in Österreich?

2. Wie viele nicht integrierbare körperbehinderte  
Menschen gibt es in Österreich?

3. Wie viele integrierbare geistesbehinderte Menschen  
gibt es in Österreich?

4. Wie viele integrierbare körperbehinderte Menschen  
gibt es in Österreich?

5. Werden Sie den einzelnen Gruppen dieser behinderten  
Menschen helfen?

6. Welche Geldmittel stehen Ihnen zur Verfügung, um  
eventuelle Maßnahmen durchführen zu können?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1. bis 4.:

Wie in der Anfrage zutreffend ausgeführt, wird der  
Bundesbeirat für Behinderte mit vielen schwierigen Fragen  
befaßt sein, deren Lösung grundlegende Erhebungen vorangehen  
müssen.

- 2 -

Eine der ersten Aufgaben des Beirates wird es daher sein, zunächst die einzelnen Begriffe - wie Behinderte, Körperbehinderte, geistig Behinderte, Sinnesbehinderte, teilweise bzw. voll integrierbare Behinderte - aus medizinisch wissenschaftlicher Sicht zu umschreiben und abzugrenzen.

Solange diese Begriffe nicht eindeutig geklärt sind, können verschiedentlich angestellte Hochrechnungen bzw. Schätzungen nur Zahlen ergeben, die keine wissenschaftlich fundierte Aussagekraft besitzen.

Zu 5. und 6.:

Es ist die zentrale Aufgabe des Beirates, vor allem aus medizinischer Sicht Vorschläge zu erarbeiten, um für die einzelnen Gruppen der Behinderten die für sie optimalen Rehabilitationsmaßnahmen durchführen zu können.

Bei den Überlegungen, welche Maßnahmen dann im einzelnen zu treffen sein werden, wird sicherlich auch die Frage der Finanzierung mitbehandelt werden.

Der Bundesminister:

*Henschof*